

Briefing Paper

Deutsche Rüstungsexporte nach Indonesien vor dem Hintergrund des bewaffneten Konflikts und der Menschenrechtsverletzungen in Westpapua

Einleitung & Zusammenfassung:

- Papuas sind Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte weitgehend schutzlos ausgesetzt – jedes Jahr kommt es zu einer Vielzahl an Tötungen durch Sicherheitskräfte und zu willkürlichen Verhaftungen.
- Hierbei ist es praktisch unmöglich auszuschließen, dass Kriegswaffen aus deutschen Rüstungsexporten gegen die indigene Zivilbevölkerung zum Einsatz kommen.
- Deutschland zählte zwischen 2015 und 2019 mit 5,8% der weltweiten Rüstungsexporte zum viertgrößten Rüstungsexporteur der Welt.
- Indonesien zählt regelmäßig zu den wichtigsten Bestimmungsländern mit den höchsten Genehmigungswerten in der Gruppe der Drittländer für deutsche Rüstungsexporte und war 2019 mit über 200 Millionen Euro Genehmigungswert auf Rang zehn aller Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte.
- Die deutsche Bundesregierung genehmigte in den vergangenen Jahren regelmäßig den Export von Kriegswaffen nach Indonesien (2019 mit einem Wert von ca. 177 Mio. Euro, 2018 in Höhe von ca. 3 Mio. Euro, 2017 mit einer Summe von ca. 3,3 Mio. Euro und 2016 in Höhe von ca. 3,2 Mio. Euro).
- Die Waffenexporte sind besonders aufgrund der Menschenrechtslage in Westpapua bedenklich.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf,

- Rüstungsexporte nach Indonesien deutlich restriktiver zu handhaben und auch einen vollständigen Exportstopp in Erwägung zu ziehen, solange die Menschenrechtslage in Westpapua nicht signifikant verbessert wird.
- Exporte von deutschen Rüstungsgütern nach Indonesien von dem Zugang nach Westpapua für Vertreter des OHCHR und für internationale Journalisten sowie für internationale Menschenrechtsverteidiger abhängig zu machen.
- für die Genehmigungspraxis deutscher Rüstungsexporte nach Indonesien die Ratifizierung und die Anerkennung international vereinbarter Verträge verbindlich zu berücksichtigen.
- Post-Shipment Kontrollen über den Verbleib der Rüstungsexporte weiter auszubauen und verstärkt die Weitergabe in nationale Krisengebiete wie Westpapua zu kontrollieren.
- eine Genehmigungspflicht für die technische Unterstützung zur Entwicklung von Rüstungsgütern und zum Aufbau von Kapazitäten zur Rüstungsproduktion zu verankern.
- ein Lieferkettengesetz in Deutschland zu verabschieden.
- die UN-Arbeitsdefinition für Kleinwaffen und Leichtwaffen in Deutschland gesetzlich zu verankern.
- Exporte von Klein- und Leichtwaffen auch in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder restriktiver zu genehmigen, um einen Weiterverkauf aus diesen Ländern in Konfliktländer zu vermeiden.

Rüstungsexportland Deutschland

Deutschland zählte zwischen 2015 und 2019 mit 5,8% der weltweiten Rüstungsexporte zum viertgrößten Rüstungsexporteur der Welt.¹ Gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien machten die deutschen Rüstungsexporte 23% des weltweiten Volumens zwischen 2015 und 2019 aus.² Im Jahr 2019 betragen die von der deutschen Bundesregierung genehmigten Einzelausfuhrgenehmigungen einen Wert in Höhe von 8,015 Milliarden Euro (2018: 4,824 Mrd. €).³

Neben Genehmigungen für Lieferungen in EU-/NATO- und NATO-gleichgestellte Länder genehmigte die deutsche Bundesregierung im Jahr 2019 Ausfuhrgenehmigungen in Höhe von 3,53 Milliarden Euro an Drittländer.⁴ Der Durchschnittswert der Ausfuhrgenehmigungen für Drittländer im Zeitraum 2015 bis 2019 beträgt 3,64 Mrd. €.⁵

Die Umsetzung des Grundsatzes der deutschen Bundesregierung, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu verfolgen,⁶ wird seit Jahren von unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft kritisiert.

2019 forderte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) die Regierung dazu auf, ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie könne in wenigen Einzelfällen tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung geben.⁷

¹ SIPRI (März 2020): Trends in International Arms Transfers 2019. SIPRI Fact Sheet März 2020. Stockholm, S.2.

² SIPRI (März 2020): S.4.

³ BMWi (2020): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2019. Rüstungsexportbericht 2019. Berlin, S.8.

⁴ BMWi (2020), S. 8.

⁵ BMWi (2020), S. 8.

⁶ BMWi (26.06.2019): Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Berlin, S. 1.

⁷ GKKE (Dezember 2019): Eine restriktive Rüstungsexportpolitik sieht anders aus! <https://www.gkke.org/eine-restriktive-ruestungsexportpolitik-sieht-anders-aus/> (zuletzt

Kurzinfo Westpapua*

Westpapua umfasst die westliche Hälfte der Insel Neuguinea, die in ihrem östlichen Teil den Nachbarstaat Papua-Neuguinea bildet. Obwohl Westpapua sich im Zuge der Entkolonialisierung ab Mitte des 20. Jahrhunderts um Unabhängigkeit bemühte, gehört es seit dem 1. Mai 1963 zum indonesischen Staatsgebiet. Seitdem herrscht in Westpapua ein gewalttätiger Konflikt zwischen der Zentral-Regierung und der indigenen Bevölkerung. Die Regierung versucht das Streben der einheimischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung mit zumeist brutaler Polizei- und Militärgewalt zu unterdrücken. Die Papuas sind täglichem Rassismus und Polizeigewalt ausgesetzt und leiden unter der Einschränkung ihrer bürgerlichen und politischen Rechte. Jedes Jahr kommt es zu einer Vielzahl an unrechtmäßigen Tötungen, Folter und willkürlichen Verhaftungen durch Angehörige der indonesischen Sicherheitskräfte.

*(*Westpapua umfasst im Folgenden die beiden Provinzen Papua und Papua Barat)*

Im Juni 2020 verstärkte die GKKE ihre Forderung und sprach sich für eine glaubwürdige, kohärente restriktive Rüstungsexportpolitik aus.⁸ Das Deutsche Institut für Menschenrechte, die nationale Menschenrechtsinstitution in Deutschland, setzt sich seit Jahren für eine vorrangige Stellung der Menschenrechte als Genehmigungskriterium für deutsche Rüstungsexporte ein.⁹ Und auch Mitglieder der Oppositionsparteien des Bundestages¹⁰ äußern sich gegen eine Rüstungsexportpolitik, die Menschenrechte in den Empfängerstaaten zu wenig Bedeutung beimisst und Drittländer als Empfänger einschließt, die an bewaffneten Konflikten beteiligt sind.

Die deutsche Genehmigungspraxis von Rüstungsgütern auch in Drittländer ist in vielen Fällen heftig umstritten.

Viele der Drittländer sind Konfliktparteien oder die Situation in den Empfängerländern ist von systematischer Gewalt und Repressionen gegen die eigene Zivilgesellschaft geprägt. Ebenso werden die Förderung und der Schutz der Menschenrechte in vielen der Drittländer missachtet und es mangelt an rechtsstaatlichen Strukturen. In solchen Staaten besteht häufig die erhöhte Gefahr, dass die gelieferten Rüstungsgüter zur Unterdrückung von Teilen der Bevölkerung genutzt werden.

⁸ GKKE (Juni 2020): GKKE kritisiert massiven Anstieg der Rüstungsexporte und Genehmigungen von Kriegswaffen an problematische Drittstaaten. Pressemitteilung. <https://www.gkke.org/wp-content/uploads/2020/06/Pressemitteilung.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.11.2020).

⁹ Deutsches Institut für Menschenrechte (2020): Rüstungsexporte. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/sicherheit/ruistungsexporte/> (zuletzt abgerufen am 17.07.2020).

¹⁰ Sevim Dagdelen (2020): Rüstungsexporte. <https://www.sevimdagdelen.de/tag/ruistungsexporte/> (abgerufen am 27.11.2020); BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, Bundestagsfraktion (2019): Rüstungsexporte steigen weltweit an. <https://www.gruene-bundestag.de/themen/sicherheitspolitik/ruistungsexporte-steigen-weltweit-an> (abgerufen am 27.11.2020).

Von 2012 bis einschließlich 2018 lag der Anteil der Genehmigungen für deutsche Rüstungsexporte an Drittländer mit stets über 50% zum Teil deutlich über dem Anteil an Genehmigungen für Lieferungen in EU-/NATO- und NATO-gleichgestellte Länder.¹¹ 2019 sank der Anteil an Genehmigungen für Lieferungen in Drittländer auf 44,1% der erteilten Rüstungsexportgenehmigungen.¹²

Auch die tatsächlichen Ausfuhren von deutschen Kriegswaffen an Drittländer waren von 2012 bis einschließlich 2017 mit über 50% höher als der Anteil der tatsächlichen Ausfuhren von deutschen Kriegswaffen an EU-/NATO- und NATO-gleichgestellte Länder.¹³ 2016 und 2017 betrug der Anteil der tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen aus Deutschland in Drittländer sogar über 90%.¹⁴ 2019 wurden insgesamt 43 Genehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen in Drittländer erteilt.¹⁵

Als besonders besorgniserregend galt hierbei lange die Ausfuhr von Kleinwaffen¹⁶ und leichten Waffen¹⁷ in Drittländer. Mit 31 Prozent lag der Anteil der Einzelgenehmigungen an Drittstaaten bei den Empfängern von Kleinwaffen im Jahr 2017 relativ hoch.¹⁸ Im Jahr 2013 lag dieser Anteil sogar bei ca. 51 Prozent.¹⁹ Ab 2018 sank der Anteil deutlich auf knapp 1 Prozent im Jahr 2018 und auf nur noch 0,58 Prozent im

¹¹ Siehe Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2012-2018.

¹² BMWi (2020), S. 8.

¹³ Siehe Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2012-2018.

¹⁴ BMWi (2016): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2016. Rüstungsexportbericht 2016. Berlin, S. 37.; BMWi (2017): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2017. Rüstungsexportbericht 2017. Berlin, S. 26.

¹⁵ BMWi (2020), S. 27.

¹⁶ Unter den Begriff Kleinwaffen fallen unter Anderem Handfeuerwaffen wie Maschinenpistolen und Sturmgewehre.

¹⁷ Unter den Begriff leichte Waffen fallen unter anderem Granatwerfer, tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) oder schwere Maschinengewehre.

¹⁸ GKKE (2019): Rüstungsexportbericht 2018, S. 69.

¹⁹ BMWi (2020), S. 28.

vergangenen Jahr.²⁰

In vielen Drittländern besteht aufgrund geringer Rechtsstaatlichkeit, Armut und mangelnder Effektivität oder gar einer Abwesenheit von Kontrollinstanzen für Sicherheitskräfte eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Waffen illegal verbreitet werden. Opfer ist dabei häufig die Zivilbevölkerung. Die Gewalt durch Klein- und Leichtwaffen schürt Konflikte und verursacht Flucht und Vertreibung.²¹

Um einen Verbleib der Waffen beim Empfänger zu garantieren, gibt es die Endverbleibserklärung, die sicherstellen soll, dass die gelieferten Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter im Empfängerstaat bleiben.

2015 führte die Bundesregierung dies dahingehend weiter aus, dass eine Weitergabe im Empfängerland nicht ohne die Zustimmung der Bundesregierung erfolgen solle.²² Die ebenfalls 2015 beschlossene Maßnahme der Post-Shipment-Kontrollen, die deutsche Kontrollen im Empfängerland vorsieht, um den Verbleib der Rüstungsexporte im Empfängerland sicherzustellen, befindet sich jedoch noch in einer Pilotphase und bedarf der Zustimmung des Empfängerstaates. Im Jahr 2019 wurden fünf Vor-Ort-Kontrollen über den tatsächlichen Endverbleib von Kleinwaffen bei staatlichen Empfängern in Indonesien, Malaysia, Brasilien, Jordanien sowie Trinidad und Tobago durchgeführt.²³

Die Ende Juni 2019 veröffentlichte Überarbeitung der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ enthält eine neue Bestimmung für Post-Shipments Kontrollen. Neu ist, dass Genehmigungen in Drittstaaten abgelehnt werden können, wenn der Empfänger keine Zustimmung zu einer Post-Shipments Kontrolle gibt.

Mängel der dt. Rüstungsexportpolitik

- 1 Laut diesen Grundsätzen von 2019 soll auch der Export von Kleinwaffen in Drittländer „grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden.“ Ein komplettes Exportverbot bedeutet das jedoch nicht und umfasst weiterhin den Export von Kleinwaffen an Drittländer, „wenn besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen.“
- 2 Weitere Mängel weist die deutsche Rüstungsexportpolitik darin auf, dass sie sich nicht nach der UN-Arbeitsdefinition von Kleinwaffen und leichten Waffen richtet, wodurch viele Kleinwaffen, wie z. B. Pistolen, Handgranaten und verschiedene Gewehrtypen, nicht unter diese Definition fallen und Exportkontrollen unterlaufen.
- 3 Ebenso sind ausführliche Informationen über Exporte von Kleinwaffen und leichten Waffen in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Staaten nicht Bestandteil der Rüstungsexportberichte der Bundesregierung. Hinzu kommt, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in diese Staaten grundsätzlich nicht zu beschränken sei.

²⁰ BMWi (2020), S. 28.

²¹ GKKE (2019): Rüstungsexportbericht 2018, S. 113.

²² BMWi (2015): Kleinwaffengrundsätze, Nr. 7.

²³ BMWi (2020), S. 7.

- 4 Deutsche Rüstungskomponenten sind im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprogramme oft Teil von endmontierten Rüstungsgütern, die dann von anderen EU-Staaten exportiert werden. Innerhalb der EU wird der gemeinsame Standpunkt für Rüstungsexporte jedoch unterschiedlich ausgelegt und umgesetzt. Die Situation der Menschenrechte im Empfängerland wird bei dem Export aus europäischen Gemeinschaftsprogrammen daher nicht einheitlich restriktiv gehandhabt (Bsp. der Export von Rüstungsgüter in Länder der Militärallianz gegen den Jemen).
- 5 Rüstungsgüter, die außerhalb der Bundesrepublik von deutschen Unternehmen oder ihren Tochterunternehmen produziert werden, fallen nicht unter die deutschen Ausfuhrregeln für Rüstungsexporte. Rüstungsunternehmen können daher über Niederlassungen in anderen Staaten den deutschen Restriktionen ausweichen.

„Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.“

„Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des „Gemeinsamen Standpunkts“ oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine hervorgehobene Rolle.“

(Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern)



Human Rights

Deutsche Rüstungsexporte nach Indonesien

Von 2015 bis 2019 umfassten die indonesischen Rüstungsimporte 1,8% aller weltweiten Rüstungsimporte – Indonesien belegte damit Platz 17 der weltweiten Statistik.²⁴ Hauptlieferant an Indonesien in diesem Zeitraum waren die USA mit 20% aller indonesischen Importe, gefolgt von den Niederlanden mit 18% und Südkorea mit 16%.²⁵

Indonesien zählt regelmäßig zu den wichtigsten Bestimmungsländern mit den höchsten Genehmigungswerten in der Gruppe der Drittländer für deutsche Rüstungsexporte und war 2019 mit über 200 Millionen Euro Genehmigungswert auf Rang

zehn aller Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte²⁶.



Foto: Wikipedia, gemeinfrei
Bearbeitung: studio mediamacs Bozen

Jahr	Einzelgenehmigungen nach Indonesien (Wert)	Inhalt
01/2020 - 06/2020	ca. 47,8 Mio. Euro	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung; Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte
2019	ca. 201,8 Mio. Euro	Minenjagdboote und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte
2018	ca. 21,1 Mio. Euro	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation und Teile für Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation; Munition für Kanonen und Scheinzielpatronen; Technologie für militärische Ausrüstung; Luftfahrtscheinziele und Teile für Torpedos, Abfeuerausrüstung; Herstellplattform für Transportflugzeuge
2017	ca. 108 Mio. Euro	Amphibische Fahrzeuge und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge; Kamerabaugruppen, Kommunikationsausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satelliten-Navigationssystemen und Teile für Radarausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung
2016	ca. 23,1 Mio. Euro	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung; Teile für U-Boote; U-Boot Ausbildungsausrüstung; Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Sportpistolen, Schalldämpfer, Magazine, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen; Teile für Torpedos und Flugabwehrsysteme; Fahrgestelle für gepanzerte Radfahrzeuge, Sattelaufleger und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Geländefahrzeuge

Tabelle 1: Wert und Inhalt der deutschen Einzelgenehmigungen nach Indonesien

²⁴ SIPRI (2019), S. 7.

²⁵ SIPRI (2019), S. 7.

²⁶ BMWi (2020), S. 82.

Kleinwaffen und Kleinwaffenteile

Die Ergebnisse der Exporteinschränkung für Kleinwaffen in Drittländer, die im Juni 2019 in Kraft trat und eine „grundsätzliche“ Ablehnung der Genehmigung von deutschen Kleinwaffenexporten in Drittländer vorschreibt, zeigen sich auch an den Exportgenehmigungen von Kleinwaffen und Kleinwaffenteilen nach Indonesien.

Nachdem Deutschland 2017 noch den Export von mehreren Kleinwaffen, Kleinwaffenteilen sowie Munition nach Indonesien genehmigte, umfassten die Genehmigungen im Jahr 2018 noch Munition aber keine Kleinwaffenexporte mehr und in 2019 und im ersten Halbjahr 2020 überhaupt keine Exportgenehmigungen von Kleinwaffen und Kleinwaffenteilen nach Indonesien (siehe Tabelle 2).

Im Jahr 2019 führte die deutsche Bundesregierung im Rahmen der Fortsetzung der Pilotphase des 2015 eingesetzten Kontrollmechanismus in Indonesien Post-Shipment Kontrollen über den tatsächlichen Endverbleib von Kleinwaffen bei staatlichen Empfängern durch. Diese blieb ohne Beanstandung.²⁷

Der Export von Kleinwaffen in Drittländer bleibt bei besonderen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesregierung jedoch weiterhin genehmigungsfähig. Die GKKE fordert die deutsche Bundesregierung daher dazu auf, trotz der Verschärfung der Exportgenehmigung von Kleinwaffen an Drittstaaten die Einschränkung durch das Wort „grundsätzlich“ mit einer Begründung jeder Ausnahme von dieser Exporteinschränkung zu verbinden.²⁸

Jahr	Einzelgenehmigungen für Kleinwaffen, Kleinwaffenteile (Stückzahl, Bezeichnung, Wert) und Munition
01/2020 – 06/2020	Keine Einzelgenehmigungen für Kleinwaffen und Kleinwaffenteile nach Indonesien
2019	Keine Einzelgenehmigungen für Kleinwaffen und Kleinwaffenteile nach Indonesien
2018	Munition für Kanonen und Scheinzielpatronen
2017	450 Gewehre mit KWL-Nummer (976.500 Euro), 1.800 Teile für Gewehre mit KWL-Nummer (160.260 Euro), 540 Maschinenpistolen (976.700 Euro), 1080 Teile für Maschinenpistolen (736 Euro), 50 Maschinengewehre (505.000 Euro), 700 Teile für Maschinengewehre (242.265 Euro), 500.000 Munition für Maschinengewehre (405.000 Euro),
2016	949 Gewehre mit KWL-Nummer (1.552.450 Euro), 4.195 Teile für Gewehre mit KWL-Nummer (43.354 Euro), 450 Maschinenpistolen (811.500 Euro), 550 Teile für Maschinenpistolen (490 Euro)
2015	226 Maschinenpistolen (434.824 Euro) 703 Teile für Maschinenpistolen (14.873 Euro) 104 Teile für Maschinengewehre (17.482 Euro) 306.561 Munition für Maschinenpistolen (134.283 Euro)

Tabelle 2: deutsche Einzelgenehmigungen für Kleinwaffen, Kleinwaffenteile und Munition nach Indonesien

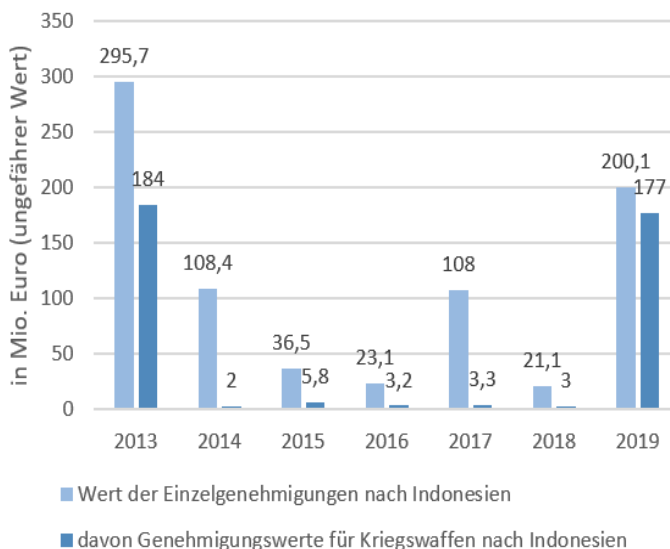
²⁷ BMWi (2020): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2019. Rüstungsexportbericht 2019. Berlin, S. 7.

²⁸ GKKE (2020): Rüstungsexportbericht 2019, S. 8. <https://www.gkke.org/wp-content/uploads/2019/12/R%C3%BCstungsexportbericht-2019.pdf> (abgerufen am 27.11.2020).

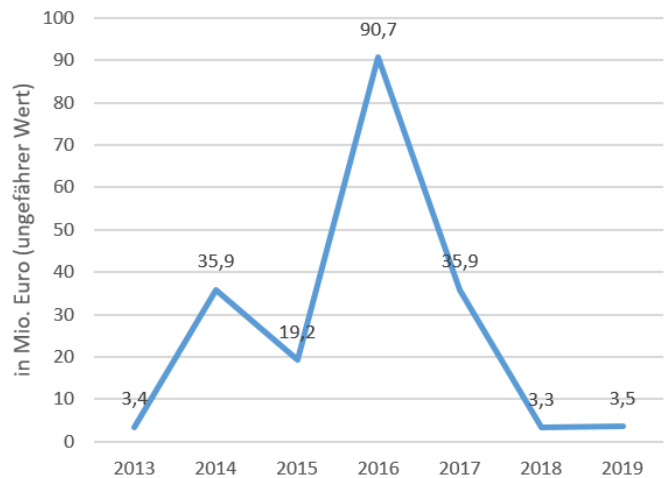
Genehmigungen von deutschen Kriegswaffen nach Indonesien

Die deutsche Bundesregierung genehmigte in den vergangenen Jahren regelmäßig den Export von Kriegswaffen nach Indonesien.

2019 umfassten diese vier Einzelbescheide, mit einem Wert von ca. 177 Mio. Euro, 2018 einen Einzelbescheid in Höhe von ca. 3 Mio. Euro, 2017 drei Einzelbescheide mit einer Summe von ca. 3,3 Mio. Euro und 2016 fünf Einzelbescheide in Höhe von ca. 3,2 Mio. Euro²⁹. Im Jahr 2013 lag der Anteil von Genehmigungen für Kriegswaffen bei über 50 Prozent (siehe Grafik 1). Der höchste Wert bei den tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen nach Indonesien wurde im Jahr 2016 mit ca. 90,7 Mio. Euro erreicht (siehe Grafik 2).



Grafik 1: Wert der deutschen Einzelgenehmigungen nach Indonesien und die Genehmigungswerte für deutsche Kriegswaffen nach Indonesien in den Jahren 2013-2019



Grafik 2: Wert der deutschen Kriegswaffenausfuhren nach Indonesien

Grund für den hohen Wert der Einzelgenehmigungen und anteiligen Kriegswaffen sowie der tatsächlichen Ausfuhr von Kriegswaffen im Jahr 2016 war ein Vertrag zwischen Rheinmetall und dem indonesischen Militär im Jahr 2013, welcher den Verkauf von 104 Leopard 2A4 Kampfpanzern, 52 Marder 1A3 Schützenpanzern sowie 10 gepanzerten Berge-, Brückenlegefahrzeugen sowie Pionierpanzern regelte. Der Vertrag hatte Rheinmetall zufolge ein Volumen von 216 Millionen Euro³⁰. Die 52 Marder Schützenpanzer, 10 Bergungs- und Brückenlegefahrzeuge sowie 104 Leopard Kampfpanzer wurden nach Angaben der Bundesregierung bis 2017 bereits an das indonesische Militär geliefert. Neben gepanzerten Militärfahrzeugen führte die Bundesregierung in den letzten Jahren wiederholt verschiedene Typen von Kleinwaffen, leichten Waffen und Munition nach Indonesien aus (siehe Tabelle 3).

²⁹ BMWi: Berichte der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter. Rüstungsexportberichte 2016-2019. Berlin.

³⁰ Die Welt (13.11.2013): Indonesien kauft 103 Leopard-Panzer bei Rheinmetall, abrufbar unter <https://www.welt.de/wirtschaft/article121867923/Indonesien-kauft-103-Leopard-Panzer-bei-Rheinmetall.html> (abgerufen am 27.11.2020).

Ausgeführte Waffenexporte nach Indonesien	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	01/2020 – 06/2020
Kampfpanzer Leopard 2	2	26	14	41	21	k.A.	k.A.	k.A.
Schützenpanzer Mader	2	43	6	1	0	k.A.	k.A.	k.A.
Maschinenpistolen	183	414	226	450	540	k.A.	k.A.	k.A.
Sturmgewehre	2	550	0	949	450	k.A.	k.A.	k.A.
Leichte Maschinengewehre	0	0	0	0	50	k.A.	k.A.	k.A.
Handfeuerwaffen; integrierte oder einzeln aufgebaute Granatwerfer	0	0	0	0	150	k.A.	k.A.	k.A.
Tragbare Abschussgeräte für Panzerabwehrraketen und Raketensysteme	0	0	12	0	0	k.A.	k.A.	k.A.

Tabelle 3: Tatsächliche Ausfuhr und Anzahl deutscher Waffen nach Indonesien zwischen 2013 und 2019 (Quelle: Berichte der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter der Jahre 2013 - 2019)

Die Waffenexporte sind nicht nur aufgrund der Menschenrechtslage in Indonesien bedenklich. Indonesien gehört zu den Staaten, welche den *Internationalen Waffenhandelsvertrag* (ATT) nicht unterzeichnet haben, dem bis April 2018 bereits 154 Staaten weltweit beigetreten sind. Der ATT zielt darauf ab, globale, rechtlich verbindliche Standards zur Regulierung des weltweiten konventionellen Waffenhandels zu setzen.³¹ Seit 2008 reichte Indonesien keine Berichte über Waffenimporte und -exporte bei der UNO ein.³² Die GKKE fordert daher, dass für die Genehmigungspraxis deutscher Rüstungsexporte allein die Ratifizierung und die Anerkennung international vereinbarter Verträge durch die Empfängerländer zu berücksichtigen sei.³³

³¹ Tempo (19.10.2018): Indonesia Refuses to Sign Arms Trade Treaty, abrufbar unter <https://en.tempo.co/read/485771/indonesia-refuses-to-sign-arms-trade-treaty> (abgerufen am 27.11.2020).

³² UN, United Nations Register of Conventional Arms (2020): Indonesia. <https://www.unroca.org/> (abgerufen am 27.11.2020). Siehe auch: Gun Policy.org, Indonesia, Gun Facts, Figures and the Law. <https://www.gunpolicy.org/firearms/region/indonesia> (abgerufen am 27.11.2020).

³³ GKKE (2020): Rüstungsexportbericht 2019, S. 8.

Fragwürdige Geschäftspraxis deutscher Rüstungsunternehmen - Beispiel Rheinmetall

Auf dem internationalen Markt für Rüstungsgüter spielen deutsche Unternehmen eine wichtige Rolle. Dies gilt vor allem für die Produktion und den Vertrieb von Munition.

Als die drei wichtigsten deutschen Konzerne gelten auf diesem Gebiet *Rheinmetall*, *Diehl* und *MBDA*.

Insbesondere die *Rheinmetall AG* verfolgt eine Strategie der Internationalisierung ihrer Produktion.

Durch die Gründung von Tochterfirmen und Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) im Ausland kann der Konzern seinen Kunden Munition anbieten, ohne dass er dafür Rüstungsexportgenehmigungen aus Deutschland benötigt.³⁴



Die Gemeinschaftsfirma *Rheinmetall Denel Munition* (RDM), welche ihren Hauptsitz in Südafrika hat, unterschrieb am 7. August 2014 eine Absichtserklärung mit dem indonesischen Waffenproduzenten *PT Pindad* für den Bau einer 168 Hektar großen Munitionsfabrik in der Stadt Malang, welche sich in der Provinz Ostjava befindet. Ziel des Joint Ventures war es, 30 - 105 mm Munition für das indonesische Militär und den Export produzieren zu können. Die Fabrik soll nach Angaben von PT Pindad Direktor Sudirman Said die größte Fabrik ihrer Art in Südost Asien werden. PT Pindad hatte seine Produktion zuvor auf Munition für Kleinwaffen und leichte Waffen beschränkt, während RDM Artilleriegeschosse mit 105 und 155 mm Durchmesser, Mörsermunition mit 60, 81 und 120 mm Durchmesser, 40 mm Granaten und Minenschutzsysteme herstellt.³⁵ Der Vorstand

von PT Pindad gab im Oktober 2017 die Vergrößerung der dortigen Produktionsstätten für Klein- und Großkaliber Munition bekannt³⁶. Die Absichtserklärung zwischen beiden Unternehmen in Jahr 2014 deutet darauf hin, dass PT Pindad bei dem Bau der Munitionsfabrik gerne von RDM unterstützt werden würde. Nach Angaben des indonesischen Beratungsunternehmens *Cekindo* soll PT Pindad für den Vertrieb von Munition für den deutschen Kampfpanzer Leopard auf dem asiatischen Rüstungsmarkt verantwortlich sein³⁷. Das afrikanische Nachrichtenportal für Rüstung *Defence Web* veröffentlichte einen Artikel, demzufolge RDM sich die vertragliche Zustimmung für den Bau von Anlagen zur Produktion schwerer Munition in Saudi Arabien und Indonesien gesichert haben soll³⁸.

Neben dieser Kooperation zwischen Rheinmetall und indonesischen Partnern warb der Konzern 2016 auch auf der *Indo Defence* in Jakarta für seine Rüstungsgüter. In einer Pressemitteilung³⁹ dazu aus dem

<https://www.defenceweb.co.za/industry/industry-industry/rheinmetall-and-pindad-sign-indonesia-ammunition-deal/> (abgerufen am 27.11.2020).

³⁶ Merdeka.com (09.10.2017): Tingkatkan produksi amunisi, PT Pindad perluas pabrik senilai Rp 400 miliar, abrufbar unter <https://malang.merdeka.com/kabar-malang/tingkatkan-produksi-amunisi-pt-pindad-perluas-pabrik-senilai-rp-400-miliar-1710096.html> (abgerufen am 27.11.2020).

³⁷ Cekindo, The government in Indonesia serves as one of the key growth drivers for ammunition and weapon market in Indonesia with a stable annual growth, abrufbar unter <https://www.cekindo.com/sectors/ammunition>.

³⁸ Defence Web (15.08.2017): Feature: South African military munitions production, abrufbar unter <https://www.defenceweb.co.za/industry/industry-industry/feature-south-african-military-munitions-production/?catid=7%3AIndustry&Itemid=116> (abgerufen am 27.11.2020).

³⁹ Rheinmetall (2020): Rheinmetall auf der Indo Defence 2016 in Jakarta. Pressemitteilung 02.11.2016. https://www.rheinmetall-defence.com/de/rheinmetall_defence/public_relations/news/archiv/archive2016/index~1_11264.php (abgerufen am 27.11.2020).

³⁴ GKKE (2019): Rüstungsexportbericht 2018, S. 9f.

³⁵ Defence Web (11.08.2014): Rheinmetall and Pindad sign Indonesia ammunition deal, abrufbar unter

Jahr 2016 betonte Rheinmetall seine Partnerschaft mit den indonesischen Streitkräften im Bereich der Landsysteme und stellte in Jakarta seine weitere Expertise für „taktische Rad- und Kettenfahrzeuge“ und „kanonenbasierte() Flugabwehr“ vor. Ebenso präsentierte der Konzern seine Soldatensysteme Gladius und Argus in Jakarta, in deren „Mittelpunkt der Bewaffnung“⁴⁰ das G36 steht.

Im Jahr 2018 bestätigte Rheinmetall die Lieferung eines Luftabwehrsystems vom Typ *Skyshield* an die indonesische Regierung. Der Kauf soll nach Angaben von Rheinmetall bereits 2017 beschlossen worden sein.

Neben Rheinmetall haben auch andere deutsche Rüstungsunternehmen Aufträge mit dem indonesischen Militär abgeschlossen. Am 29. Januar 2019 unterzeichnete das indonesische Verteidigungsministerium mit der deutschen Werft Abeking & Rasmussen (in Lemwerder bei Bremen) einen Vertrag über Entwurf und Bau von zwei Minenjägern für die Marine.⁴¹

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) sowie Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben die Konzernführung der Rheinmetall AG, aber auch die Bundesregierung für ihre nachlässige Haltung hinsichtlich der Internationalisierung der Munitionsproduktion wiederholt kritisiert.⁴² Die Regierung habe es versäumt, bestehende Regelungslücken im deutschen Ausfuhrrecht zu schließen.

⁴⁰ Rheinmetall (2020): Pressestimmen: Gladius für die Infanterie der Zukunft. https://www.rheinmetall-defence.com/de/rheinmetall_defence/public_relations/themen_im_fokus/gladius/index.php (abgerufen am 27.11.2020).

⁴¹ Abeking & Rasmussen (2019): Contract signed for two mine counter measure vessels. <https://www.abeking.com/en/contract-signed-for-two-mine-counter-measure-vessels/> (abgerufen am 03.12.2020).

⁴² Deutscher Bundestag (2019): Acht Oppositionsanträge zur Rüstungsexportpolitik debattiert. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw46-de-ruestungsexportkontrolle-667230> (abgerufen am 27.11.2020).

Während der Export von Herstellungstechnologie für Rüstungsgüter oder von entsprechenden Komponenten aus Deutschland genehmigungspflichtig ist, gilt dies nicht für die technische Unterstützung zur Entwicklung von Rüstungsgütern und zum Aufbau von Kapazitäten zur Rüstungsproduktion. So ist die technische Unterstützung durch eigenes Fachpersonal der Rüstungskonzerne bislang nicht vollumfänglich anzeige- und damit genehmigungspflichtig.

Die Regelungslücken ergeben sich aus der Begrenzung der Kontrolle auf atomare, biologische und chemische Waffen und dafür taugliche Flugkörper, wie sie §49 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) regelt sowie aus der Begrenzung der Kontrolle auf Länder, die einem Waffenembargo der Vereinten Nationen, der OSZE oder EU unterliegen (§ 50 AWV). Konventionelle Waffensysteme und Munition in allen anderen Fällen sind davon nicht betroffen. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegen für eine wirksame Exportkontrolle hier eindeutige Regelungslücken vor.⁴³

Ebenso ist der mittelbare oder unmittelbare Erwerb einer Beteiligung an einem ausländischen, d. h. gebietsfremden Unternehmen, das Rüstungsgüter im Sinne von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste herstellt, exportkontrollfrei.⁴⁴

Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, beide Regelungslücken zu schließen und die entsprechenden Rechtsgrundlagen dafür zu schaffen.

⁴³ Deutscher Bundestag (08.11.2019): Drucksache 19/14917.

⁴⁴ Ebd.

Kriegswaffen und deren Auswirkungen auf die Menschenrechtsslage in Westpapua

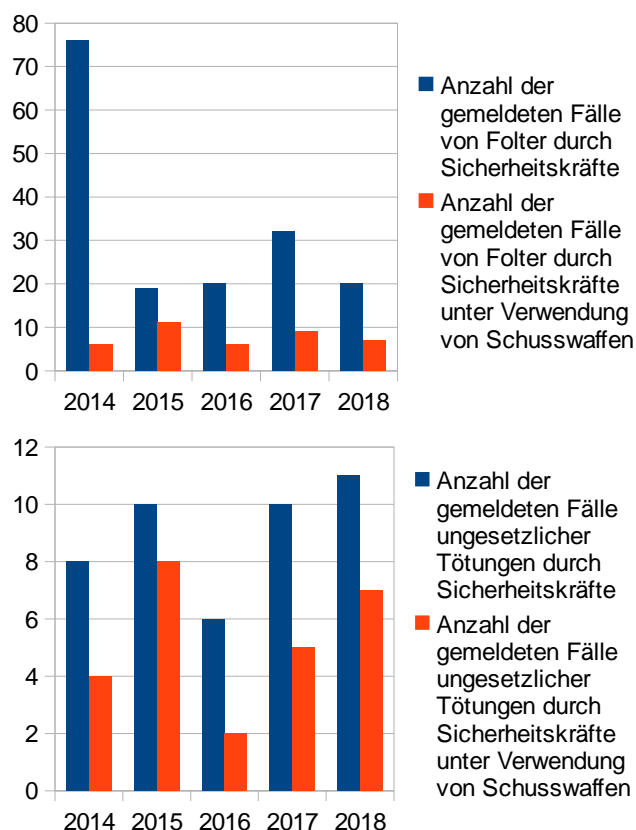
Bis heute wird in Westpapua ein gewalttätiger Konflikt zwischen separatistischen Gruppen und indonesischen Sicherheitskräften ausgetragen. Die Wurzeln des langjährigen Konflikts in Westpapua gehen zurück bis zur Machtübernahme auf der Westhälfte der Insel Neuguinea durch Indonesien im Jahr 1963. Anstatt eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben, verfolgt die indonesische Regierung bis heute einen sicherheitsbasierten Konfliktansatz, der durch hohe Präsenz von Sicherheitskräften in der Region gekennzeichnet ist.

Papuas sind Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte weitgehend schutzlos ausgesetzt. Bis heute konnten weder interne polizeiliche Beschwerdeverfahren noch die Militärgerichtsbarkeit der hohen Straflosigkeit unter Sicherheitskräften Einhalt gebieten. Restriktive Einreisebedingungen für internationale Menschenrechtsorganisationen und Journalisten in die Region verhindern zudem eine kritische Berichterstattung über die Menschenrechtsslage der indigenen Bevölkerung.

Die Anti-Rassismus-Demonstrationen im August und September 2019 und die PapuanLivesMatter-Bewegung im Sommer 2020 haben die Menschenrechtsverletzungen in Westpapua auch über die Grenzen Westpapas sichtbar gemacht und mit einer weltweiten Anti-Rassismus-Bewegung verknüpft, die sich gegen Polizei- und Militärgewalt richtet. Die Papuas nehmen dies zum Anlass und prangern die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen der vergangenen Jahre an.

Die Zentralregierung in Jakarta reagiert mit immer neuen Stationierungen von Militär in Westpapua, baut neue Militärstationen und geht weiterhin mit Gewalt gegen Demonstranten und Aktivisten vor, anstatt den Weg eines friedlichen Dialogs zu suchen.

Die Zivilbevölkerung in Westpapua wird immer wieder Opfer von Folter und außergerichtlichen Tötungen unter



Grafik 3: Anzahl gemeldeter Fälle ungesetzlicher Tötungen und Folter in Westpapua sowie Anteil der Fälle unter Verwendung von Kleinwaffen zwischen 2014 und 2018 (Quellen: ICP Reports 2015, 2017 und 2019)

Verwendung von Kleinwaffen. Hierbei ist es praktisch unmöglich auszuschließen, dass Kriegswaffen aus deutschen Rüstungsexporten gegen die indigene Zivilbevölkerung zum Einsatz kommen. Soldaten des 8. Kavalleriebattillons Narasinga Waratama veröffentlichten Anfang des Jahres 2019 ein Video, in welchem ein Soldat stolz sagte, "Es wäre das Beste, alle indonesischen Kommunisten (PKI) und junge Linke in einem Lagerhaus zu versammeln und mit einem Leopard [Kampfpanzer] darauf zu schießen."⁴⁵

Statistische Zahlen über gemeldete Fälle von Folter, Misshandlungen und Tötungen zeigen,

⁴⁵ Genauer Wortlaut in Bahasa Indonesia "Sebaik nya para PKI dan generasi PKI baru, serta pemuda pemudi kritis digaris kiri. dikumpulkan dalam satu gudang kemudian di jadikan sasaran tembak oleh Leopard. Aksi Yonkav 8 narasingawaratama".

dass sich die Menschenrechtssituation in Westpapua in den letzten Jahren nicht gebessert hat. Allein in den ersten drei Quartalen im Jahr 2020 wurden über 20 Fälle unrechtmäßiger Tötungen und über 50 Fälle von Folter gezählt sowie von mehr als 220 Fällen willkürlicher Verhaftungen berichtet.

Die Ausübung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird häufig von physischer Einschüchterung und Brutalität begleitet.

Die britische Menschenrechtsorganisation TAPOL zählte im Jahr 2019 1348 willkürliche Verhaftungen in Westpapua, von denen die meisten während und nach den Anti-Rassismus-Protesten im August und September 2019 stattfanden. Darüber hinaus dokumentierte TAPOL 86 Anklagen wegen Hochverrats und mindestens 26 Fälle von Belästigung und Einschüchterung durch den indonesischen Sicherheitsapparat. Die International Coalition for Papua (ICP) berichtete von 133 Fällen von Folter und Misshandlung in 2019 und von mindestens 33 Fällen von außergerichtlichen Tötungen im Jahr 2019 in Westpapua, deren Opfer bis auf einen Fall ethnische Papuas waren.

Besorgniserregend ist, dass ein beträchtlicher Anteil der gemeldeten Fälle von Tötungen und von Folter unter Verwendung von Kleinwaffen geschieht und mit übermäßiger Gewaltanwendung durch indonesische Sicherheitskräfte in Zusammenhang steht. Insbesondere bei Einsätzen zur Kontrolle von hohen Personenzahlen bei öffentlichen Versammlungen verwenden Sicherheitskräfte häufig Schusswaffen gegen Zivilisten.

Seit zwei Jahren beobachten Menschenrechtsorganisationen in Westpapua eine alarmierende Zunahme an bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem bewaffneten Flügel der Unabhängigkeitsbewegung TPN-PB und den indonesischen Sicherheitskräften.

Im Dezember 2018 wurden bei einem Angriff von TPN-PB auf Bauarbeiter und bei den darauf folgenden Militäreinsätzen im Landkreis Nduga mindestens 27 Zivilisten bei

bewaffneten Angriffen getötet⁴⁶.

In Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen befinden sich derzeit mehr als 40.000 Papuas im eigenen Land auf der Flucht – ohne Hilfsangebote und humanitäre Unterstützung.

Vermeintlich nutzen Polizei und Militär auch die Begründung, dass Opfer Angehörige der TPN-PB seien, um damit den Einsatz ihrer Schusswaffen zu begründen. Angehörige der Opfer dementieren dies stets und fordern gerichtliche Aufklärung – meist ohne Aussicht auf Umsetzung.

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte äußerte sich in einem Statement von Ende November 2020 beunruhigt über die anhaltende Gewalt in Westpapua und fordert die indonesische Regierung dazu auf, ihrer internationalen Verpflichtung nachzukommen und Menschenrechte in Westpapua zu wahren, Gewaltakte zu untersuchen und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten.

Tötung kirchlicher Vertreter

Am 19. September 2020 wurde der papuanische Pastor Yeremia Zanambani tot auf seinem eigenen Grundstück aufgefunden. Er wurde angegriffen während er seine Tiere fütterte. Mehrere unabhängige Untersuchungsberichte haben das Ergebnis vorgelegt, dass Angehörige der Sicherheitskräfte für den Tod verantwortlich sind.

Am 26. Oktober wurde der katholische Katechet Rapinus Tigau von Angehörigen des Militärs erschossen. Herr Tigau war ein indigener Papua und für die Diözese Timika tätig.

⁴⁶ ICP (09.01.2019): Update on military operation in Nduga. <http://humanrightspapua.org/news/28-2018/400-update-on-military-operation-in-nduga-number-of-refugees-and-reported-fatalities-among-indigenous-civilians-rising> (abgerufen am 27.11.2020).

In dem bewaffneten Konflikt in Westpapua ist nicht auszuschließen, dass Zivilisten durch Waffen aus deutschen Exporten von Militärangehörigen getötet wurden.

Immer wieder geraten Kleinwaffen auf illegalem Weg auch in die Hände bewaffneter ziviler Akteure, die mit Gewalt gegen die Sicherheitskräfte vorgehen. In den vergangenen Jahren wurden Fälle bekannt, in denen Militär- und Polizeiangehörigen illegal Waffen und Munition an Kämpfer der bewaffneten Widerstandsbewegung verkauft haben. Im Februar 2020 verurteilte ein Militärgericht drei Militärs, die Munition an bewaffnete Widerstandskämpfer geliefert hatten.⁴⁷ Nur ein Jahr zuvor wurden fünf Mitglieder des Militärs zu Haftstrafen verurteilt weil sie ebenfalls Munition an die TPN-PB verkauft hatten.⁴⁸ Bei dem Zwischenfall in Nduga im Dezember 2018 soll ein dem Militär nahestehender Arbeiter der Widerstandsbewegung angeboten haben, Waffen und Munition gegen Bezahlung zu liefern⁴⁹.

Es ist davon auszugehen, dass die zuvor genannten Fallbeispiele die Spitze des Eisbergs darstellen. Sie veranschaulichen, dass staatliche Institutionen den kontrollierten Besitz von Kleinwaffen in Westpapua nicht mehr gewährleisten können und damit Menschenrechte in Westpapua weiterhin gefährdet sind.

⁴⁷ CNN Indonesia (12.02.2016): Oknum Polisi Jual Peluru Rp500 Ribu Per Butir di Papua. <https://www.cnnindonesia.com/nasional/20160212101218-12-110489/oknum-polisi-jual-peluru-rp500-ribu-per-butir-di-papua>; RNZ (26.07.2020): Papua Liberation Army sold arms by Indonesian military. <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/422136/papua-liberation-army-sold-arms-by-indonesian-military> (beides abgerufen am 27.11.2020).

⁴⁸ Detik News (18.06.2015): Jual Amunisi ke OPM, 5 Anggota TNI AD Dipecat dan Divonis Penjara, abrufbar unter <https://news.detik.com/berita/2946480/jual-amunisi-ke-opm-5-anggota-tni-ad-dipecat-dan-divonis-penjara> (abgerufen am 27.11.2020).

⁴⁹ Humanitäres Bergungsteam Nduga (02.01.2019): Laporan Awal Tim Evakuasi Kemaunisaan Nduga.

Was muss die deutsche Rüstungsexportpolitik tun?

- Die Situation der Menschenrechte in Westpapua für eine restriktivere Rüstungsexportpolitik nach Indonesien stärker achten.
- Exporte von deutschen Rüstungsgütern nach Indonesien von dem Zugang nach Westpapua für Vertreter des OHCHR und für internationale Journalisten sowie für internationale Menschenrechtsverteidiger abhängig machen.
- Für die Genehmigungspraxis deutscher Rüstungsexporte nach Indonesien die Ratifizierung und die Anerkennung international vereinbarter Verträge berücksichtigen.
- Post-Shipment Kontrollen über den Verbleib der Rüstungsexporte weiter ausbauen und verstärkt die Weitergabe in nationale Krisengebiete wie Westpapua kontrollieren.
- Eine Genehmigungspflicht für die technische Unterstützung zur Entwicklung von Rüstungsgütern und zum Aufbau von Kapazitäten zur Rüstungsproduktion.
- Verabschiedung eines deutschen Lieferkettengesetzes.
- Die UN-Arbeitsdefinition für Kleinwaffen und Leichtwaffen in Deutschland gesetzlich verankern.
- Exporte von Klein- und Leichtwaffen auch in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder restriktiver handhaben, um einen Weiterverkauf aus diesen Ländern in Konfliktländer zu vermeiden.



HERAUSGEBER

Westpapua-Netzwerk
Rudolfstr. 137
42285 Wuppertal

Tel: 0202/89004-170

wpn@westpapuanetz.de

Über das Westpapua-Netzwerk:

Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit den 90er Jahren für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein. Das Westpapua-Netzwerk befasst sich mit der politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Situation in Westpapua und trägt die Stimme der Papuas durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und durch Advocacyarbeit nach Deutschland. Bei den Mitgliedsorganisationen im Westpapua-Netzwerk handelt es sich um Menschenrechts-, Solidaritäts- und Umweltgruppen, um Partnerschaftskirchenkreise, Gemeinden und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche. Journalisten, Wissenschaftler und andere Interessierte sind als Einzelpersonen im Netzwerk aktiv. Sie alle setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise für Frieden und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein.

Dezember 2020